

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabepreis: Durch unsere Bahn
bei uns monatlich 10.00 Mark.
Schaltungen nehmen die Postämter
und die Anzeigerstellen in der Provinz
ab. — Druckzeit: Montag bis
Freitag, 7. bis 12. Uhr.
Telegraphische Anzeiger:
Erzgebirge.

Abgabepreis: Die Anzeigerstellen
bestellen für Anzeigen von 100 und
mehr 4.00 Mark, von 500 bis
1000 8.00 Mark, von 1000 bis
1500 12.00 Mark. Bei größeren
Mengen anteiliger Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 182

Montag, den 7. August 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die Sanktionen Frankreichs sollen, wie es heißt, heute ihren Anfang nehmen und zunächst eine Anzahl im Elß anständig Deutscher treffen.

Die Londoner Reparationskonferenz nimmt heute ihren Anfang.

Die Rubapester Meldung von einem angeblichen Ultimatum der österreichischen Regierung an die Londoner Konferenz in der Kreditfrage bestätigt sich nach in Wien eingezogenen Informationen nicht.

Ueber Paris wird gemeldet, daß die griechische Bewegung in Smyrna mit Waffengewalt unterdrückt wurde.

Der Dollar stand heute vormittag in Wert in vorübermäßig auf 780.

Die Schuld der Oberschicht.

Von Legationsrat Dr. Kurt Kiesler.

Die folgenden Darlegungen sind einem überaus lehrreichen Aufsatz des Verfassers im demnächst erscheinenden Augustheft der Demokratischen Monatschrift Die Deutsche Nation — entnommen. D. Schriftl.

Armes zerretenes und zerquältes Volk! Vor Auslandsanleihe, Sanktionsandrohung, am Rande einer Wirtschaftskrise, die bald einer schätigen Krise ein Ende bereiten muß, zerreißen wir uns in inneren Kämpfen, und zu allem Überflus erscheint am Rande des Horizontes der Schrecken des Bürgerkrieges, das Ende des Einzigen, was Deutschland aus dem Zusammenbruch noch hat retten können, unserer Einheit. Viele zucken bedauernd die Achseln, hoffen, daß es nicht so schlimm kommen werde, und gehen ihren Geschäften nach, gewillt, wie bisher die Dinge der Politik, von denen sie nichts verstehen, als ein Fatum hinzunehmen, an dem sie nichts ändern können. Die anderen, Gefangene von Parteihasen, Empfindungen und Erbitterungen, beschränken sich darauf, zu wiederholen, was sie schon bisher gesagt haben und was unter allen Umständen das Gegenteil dessen sein muß, was die parteipolitische Gegenseite sagt. Sie sind froh, wenn es ihnen einen Augenblick gelingt, mit gesteigertem Stimm die ebenfalls gesteigerte des Gegners zu überschreiten. Keiner aber ist bereit, sich zu bestimmen. Die Meinungen liegen fest. Die Trägheit der Herzen, die Verblendung der Geister wächst. Man sagt, im Leben der Nationen bewirkt äußerer Druck innere Einheit. Nichts davon ist zu spüren. Eine unsagbare Sehnsucht, aus dem Elend herauszukommen, lebt überall, und doch trötet jeder nur die eigene Bahn.

Zabel regt hier ein großes und arbeitsames Volk fleißig die Hände, tüchtig im Einzelnen, völlig hilflos im Großen. Wenn man, nach den Ursachen forschend, mit Männern rechts und links den Anteil der Rechten wie der Linken an dieser Entwicklung erdortet, begegnet man wohl unter vier Augen mancher vernünftigen Einsicht. Über jeder entschuldigt, daß er dieser Einsicht praktisch nicht folge, mit dem Verhalten der Gegenseite: Unsere Wähler sind aufs äußerste gereizt. Elende Feigheit! Indeß: die Geschichte wird hier die Schuld nicht gleich verteilen. Zuerst ist die Oberschicht zur Einsicht verpflichtet. Hier sitzen die Gebildeten. Auch Bildung verpflichtet. Sie aus der Perspektive von unten zur Sachlichkeit durchzurufen, ist unendlich schwer. Daher muß die Verantwortung der Oberschicht und ihrer politischen Organisationen vor die der Arbeitermassen und ihrer Führung gestellt werden.

Die Ermordung Rathenaus könnte eine Totdummer Junges sein, aus der weitere Schlüsse auf den Geisteszustand erheblicher Volksteile nicht zu ziehen wären. Sie ist mehr. Es geht nur die Saat auf, die gesät wurde. Und wenn, die gesät haben, nicht wußten, was da ausgehen würde, so waren sie gedankenlos und schuldlos, und die moralische Entschuldigung ist politische Belastung. Die Rechte empfindet es als Beleidigung, wenn der Werd an ihre Hochschule gedrängt wird. Nicht der Werd, wohl aber der Firtum der Werd, die Einbildung der Organisation e fällt ihr zur Last. Nicht nur ihre Schuld ist breit verteilt auf einen großen Teil der Schichten, die die Gebildeten heißen und sich gebildet dünken. Sie trifft alle diejenigen die wider besseres Wissen die Dolyro liegende aufgebracht, genährt und unterstützt, die nicht gerührt haben, Jünglingen und Knaben zu erzählen, daß Juden, Sozialisten und Demokraten das herrliche Reich und eine ungebundene Wermes an den Feind verraten hätten, die für später Möglichkeiten des Widerstandes vorgepflegt

haben, an die sie selbst nicht glaubten. Wer hat die Stirn zu leugnen, daß nicht alles das und noch viel mehr täglich geschrieben und gedruckt wurde? Ist irgend jemand von denen, die es auch auf der Rechten besser wußten und besser wissen konnten, dagegen aufgetreten?

Über lassen wir sie, sie wären ungefährlich, wenn sie sich in der Grundstimmung nicht eins fühlen könnten mit einem großen Teil derjenigen deutschen Oberschicht, die sie als die einzig nationale anzuerkennen gelernt haben. Erst die Grundstimmung der Oberschicht macht aus der Dummheit der Einzelnen ein Schicksal der Nation. Die Oberschicht des ehemaligen Staates verfügt als Ganzes nicht mehr über eine staatliche und geistige Bildung, die verpflichtet. Die Eigenschaften des Geistes und Charakters, die den preußischen Staat geschaffen und getragen haben, sind längst verfallen. Nur die Starrheit ist geblieben. Über diese Starrheit, die ehemals lebend war, ist blind geworden. Das konservative Preußen endet in der Gefangenschaft der Wulle und Größe, in der Sorge um den Getreidepreis. Ein großes Erbe schmachlich ist verfallen. Und wenn auch der Laie von Bildung mehr sein sollten als man meint, und allerorten Leute sind, ehrlich und tüchtig und umsichtige Besäht — warum schweigen sie alle? warum widerspricht niemand? Nach einigen kleinen Zusätzen erklären die Deutschnationalen, der Kurs, der deutsch-wirtschaftliche, bleibe der alte. Und doch ist es höchste Zeit, aufzuwachen, denn die Bismarcks Namen und Größe stänlich im Munde führen, sind dabei, sein höchstes Wert in Trümmer zu zerklagen. So wankt der Staat im Kampf der Erbitterungen: Armes zerretenes Volk, krankes Gemüte und irren Verstandes! Und ist doch dein Schicksal auch das Schicksal der unzähligen Tüchtigen und Braven, die heute, nur den eigenen Interessen zugewandt, beiseite setzen, die Hände im Schoß.

Die deutsche Note an Poincaré.

Keine Rechtsgrundlage für neue Sanktionen.

Die Antwortnote der deutschen Regierung auf die Note der französischen Regierung in der Angelegenheit der Ausgleichszahlungen lautet:

Herr Ministerpräsident!

Guter Ezzellens beehre ich mich den Empfang der Note vom 1. August zu bestätigen. Die Reparationskommission hat auf den Antrag der deutschen Regierung vom 12. Juli 1922 auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen mit einem Schreiben vom 13. Juli 1922 in Aussicht gestellt, daß sie ihre Entscheidung auf diesen Antrag vor dem 15. August treffen und mitteilen wird. Die Königlich großbritannische Regierung hat auf den Antrag der deutschen Regierung vom 14. Juli 1922 auf Herabsetzung der monatlichen Ausgleichszahlungen mit einem Schreiben vom 26. Juli geantwortet, daß sie beabsichtige, diese Frage bald mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern und der deutschen Regierung die Antwort namens der Gesamtheit der beteiligten Mächte zugehen zu lassen. Die belgische Regierung antwortete auf den gleichen Antrag, daß sie sich auf diesen Antrag vor selben Zeit wie über das Besuch um ein Moratorium für die Reparationszahlungen äußern werde. Die Wöchentlichen dieser beiden Noten beehre ich mich zur gefl. Kenntnis Guter Ezzellens beizubringen. Die deutsche Regierung kann danach annehmen, daß bereits vor dem 15. August eine grundsätzliche Regelung der Frage der Ausgleichszahlungen möglich sein wird. Sollte diese Annahme, die sich auf das Schreiben der Reparationskommission vom 13. Juli in Zusammenhang mit den erwähnten beiden Noten stützt, nicht zutreffen, so wird die deutsche Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen bestrebt sein.

Auf die Frage der Heranziehung der privaten Ausgleichsschuldner zu der finanziellen Abdeckung der Ausgleichsverpflichtungen wird die deutsche Regierung in ihrer Meherung zu der Sache selbst, die sie sich in ihrer Note vom 1. August vorbehalten, besonders eingehen. Schon jetzt sei bemerkt, daß ein dem Reichrat vorliegender Gesetzentwurf eine Wenderung des Berechnungssystems vorsieht, nach der insbesondere auch die Ausgleichsschuldner stärker als bisher herangezogen werden sollen.

Guter Ezzellens beehre ich mich in Ihrer Note vom 26. Juli 1922 angeklindigen Maßnahmen als Retorsionsmaßnahmen. Nach dem Abkommen vom 10. Juli 1921 ist die einzige Rechtsgrundlage der Retorsion der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen die, daß die beteiligten alliierten Mächte dies triftlos kündigen können. Die Kündigung hätte die Wirkung, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Zahlungen der jeweiligen Debitoren wieder Anwendung finden würden. Als Sicherheit für den Fall

der Nichtzahlung gibt der Vertrag von Versailles allen alliierten Mächten lediglich ein Pfandrecht an dem Erlos der Liquidation deutschen Eigentums. Dem Sinne, und zwar gerade dieser für den Fall der Nichtzahlung vorgesehenen Bestimmungen würde die Anwendung der für den 5. August 1922 angeklindigen Retorsionsmaßnahmen widersprechen, zumal für Zahlungen, die überhaupt erst am 15. August fällig sind.

Seit Guter Ezzellens Note vom 26. Juli 1922 hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands außerordentlich verschlechtert. Die Mark ist inzwischen bis auf ein Zweihundertstel ihres Friedenswertes gesunken und die Leistungsfähigkeit Deutschlands dementsprechend weiter zurückgegangen. Unter diesen Umständen gibt die deutsche Regierung es der eindringlichen Erwägung der französischen Regierung anheim, die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und ihre Entscheidung bis zu den in den anliegenden englischen und belgischen Noten erwähnten Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen. (gez.) Dr. Wirth.

Poincarés erste Plage über Deutschland.

Nach einem Communiqué der Agence Havas sollte die französische Regierung, da die deutsche Regierung nur eine diplomatische Antwort erteilt habe, bestimmte Beschlüsse, wonach die Ausgleichszahlungen von Paris und Straßburg bis auf weiteres keine deutschen Forderungen anerkennt und keine Entschädigungen zahlen und die Wirkungen des französisch-deutschen Abkommens vom August-September 1921 suspendiert werden. Das Communiqué stellt weitere progressive Bestimmungen für den Fall in Aussicht, daß die Maßnahmen zur prompten Regelung der Frage nicht ausreichen.

Die Ausbeutung Deutschlands.

Die Baseler Nationalzeitung meldet aus Paris: In der Pressebesprechung am Sonnabend früh gab Poincaré die ersten offiziellen Mitteilungen über die Sanktionen gegen Deutschland. Poincaré nannte insgesamt 15 Sanktionen, die successiv durchgeführt würden, da technische Schwierigkeiten ein sofortiges gemeinsames Inkrafttreten am 5. August verhindern. Deutschland hätte für innerpolitische Zwecke, für Ausnahmeverordnungen und für die Begreifung von Nordhubsen Millionen von Mark zur Verfügung, während es jetzt gar die Dreifachzahlungen für die Reparationen einstellen. Dieses Spiel sei zu Ende. Die Sanktionen würden sich von einem Termin zum anderen fühlbarer machen und die Hauptquellen der deutschen Finanzen den französischen Ansprüchen unterwerfen. Ihr Endziel sei die direkte Ausbeutung der Hilfsquellen Deutschlands durch Frankreich. Der Inhalt der Sanktionen, soweit sie sofort in Kraft treten, soll Sonntag oder Montag in der Presse veröffentlicht werden.

Beginn der Sanktionen am Montag!

Journal des Debats schreibt, offenbar beeinflusst: Gegenüber der Berliner Darstellung, daß Frankreich nicht berechtigt sei, wegen der Ausgleichszahlungen vor dem 15. August Sanktionen zu verhängen, weist man in Paris darauf hin, daß Deutschland ja nur die Frage nicht hätte aufwerfen und nicht die Absicht hätte an den Tag zu legen brauchen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, ferner, daß Deutschland, wenn es lokal denke, nur sofort mitzuteilen brauche, daß es bezahle werde, und daß unter diesen Umständen die Verweigerung einer Antwort einer Absage gleichkomme und Zwangmaßnahmen rechtfertige. Wie dem auch sei, scheint die französische Regierung entschlossen zu sein, zur Tat zu schreiben, wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehe. Die Sanktionen würden progressive der Art sein. Die ersten würden am Montag ergriffen werden und eine Anzahl im Elß anständig Deutscher treffen. In der Folge würde man zu Maßnahmen ernsteren Charakters übergehen, wenn Deutschland den französischen Forderungen nicht nachkomme.

Die deutsche Auslandsanleihe eine Illusion?

Keynes zur Reparationsfrage.

In einer liberalen Versammlung in Oxford hielt Keynes eine Rede, in der er ausführte, er habe nichts an der Note Balfours über die alliierten Schulden auszusprechen, vorausgesetzt, daß sie der erste, nicht der